

Die DVP im März 2021/Inhaltsverzeichnis

Jürgen Vable

Editorial – Über Ethik in der Verwaltungsausbildung . . . 77

Abhandlungen

Jan Seybold

Die Qual der Wahl 79

Dieser Beitrag bietet Argumente zur kommunalrechtlichen Stichwahl mit einem besonderen Augenmerk auf die Relevanz und mögliche Ursachen der Wahlbeteiligung. Die bereits in der Vergangenheit geführte Diskussion soll im Lichte der neuesten Rechtsprechung des VerfGH NRW betrachtet werden.

Hierzu wird zunächst kurz die Rechtslage in den Bundesländern dargestellt. Im Anschluss daran wird auf verschiedene Argumente pro und contra Stichwahl eingegangen, so z.B. Aufwand und Kosten, Notwendigkeit der Stichwahl bei klarer Mehrheitslage, Wahlbeteiligung im ersten und zweiten Wahlgang oder Verhinderung von Zufallskandidaten. Abschließend werden die Wahlergebnisse bei der Kommunalwahl in NRW im Jahr 2020 näher betrachtet.

Thomas Barthel/Nicolas Schüler

Die Einführung des Zentralen digitalen Posteingangs bei der Region Hannover 85

Dieser Artikel basiert auf einer Bachelorarbeit, die im Rahmen des Bachelorstudiengangs Verwaltungsbetriebswirtschaftslehre an der Kommunalen Hochschule für Verwaltung in Niedersachsen geschrieben wurde.

Das durch diese Arbeit vorgestellte umfangreiche Konzept soll als Handlungsempfehlung für die Region Hannover zur erfolgreichen Einführung des ZDP dienen, wobei der Fokus insbesondere auf der organisatorischen Strukturierung liegt. Nach Ansicht der Autoren ist die Etablierung des ZDP ein effizienzbringender und notwendiger Schritt in Richtung der nahtlosen digitalen Verwaltungsarbeit.

Michael Jesser/Bernd Schröder

Zulässigkeit des Abbruchs eines Stellenbesetzungsverfahrens 95

Die Besetzung von vakanten Stellen innerhalb der kommunalen Landschaft stellt die Verwaltung zum Teil vor immer größer werdende Herausforderungen. Speziell z.B. in Bereichen der Bauverwaltung oder der Informationstechnologie können oftmals keine qualifizierten Bewerber/-innen mehr gewonnen werden. So stellt sich häufig bereits während der Durchführung des Personalauswahlverfahrens bei der Sichtung der eingegangenen Bewerbungen oder im Rahmen der Durchführung des Personalauswahlverfahrens heraus, dass die Bewerberlage nicht auf die Möglichkeit einer hinreichend qualifizierten Nachbesetzung hindeutet. In diesem Fall stellt sich die Frage, ob das Stellenbesetzungsverfahren abgebrochen werden kann.

Nur bei rechtmäßigem Abbruch des Verfahrens erlischt auch der Bewerbungsverfahrensanspruch der Beteiligten. Andernfalls könnten z.B. Schadensersatzansprüche übergangener Bewerber entstehen. Der Beitrag erläutert kurz die verfahrensrechtlichen und materiellen Voraussetzungen des rechtmäßigen Abbruchs eines Stellenbesetzungsverfahrens.

Landesbeilage Rheinland-Pfalz

Edmund Schaaf

Das Zusammenwirken der Organe von Ortsgemeinden und Verbandsgemeinde – Teil 3 L13

Im dritten Teil der Darstellung wird zunächst das Verfahren bei der Bauleitplanung weiter dargestellt, insbesondere die frühzeitige Beteiligung der Ortsgemeinden. Eingegangen wird sodann auf die Anhörung der Ortsgemeinden vor wichtigen Entscheidungen des Verbandsgemeinderates, die Pflicht der Ortsbürgermeister zur Unterstützung der Verbandsgemeindeverwaltung, die Teilnahme des Bürgermeisters an Sitzungen der Ortsgemeinderäte, die Teilnahme der Ortsbürgermeister an Sitzungen des Verbandsgemeinderates und den Umgang mit internen Konflikten. Abschließend werden Aspekte der Steuerung der Verwaltung in der Verbandsgemeindestruktur erläutert, insbesondere im Hinblick auf das Neue Steuerungsmodell (NSM).

Fallbearbeitungen

Bernd Reinemann

Emotionale Achterbahnfahrten im Recht – Fall 3: In jedes Dorf eine Moschee lassen? 96

Gegenstand dieser Fallbearbeitung ist ein (Dritt-)Widerspruch gegen eine Baugenehmigung zur Nutzungsänderung eines Geschäftshauses zu einem Vereins- und Gebetshaus.

Matthias Wiener

Rettet den Schlossplatz! 101

Diese Klausur basiert auf einem realen Fall aus Sachsen-Anhalt und war in leicht abgewandelter Form Gegenstand der Modulprüfung der Vertiefungsrichtung Kommunalrecht im 5. Semester des Studiengangs Öffentliche Verwaltung am Fachbereich Verwaltungswissenschaften der Hochschule Harz.

In der Sache geht es insbesondere um die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens sowie um die Rechtmäßigkeit des darüber befindenden Ratsbeschlusses.

Kurzinformationen und Splitter

Kurzinformation – Änderung des Onlinezugangsgesetzes 97

Rechtsprechung

Zum Spannungsverhältnis von Meinungsfreiheit und Ehrenschutz („Trulla“) (BVerfG, Beschluss vom 19.8.2020 – 1 BvR 2249/19) 107

Einfügen nach dem Maß der baulichen Nutzung (VGH München, Beschluss vom 2.11.2020 – 1 CS 20.1955) 108

(Alters-)Diskriminierung eines Stellenbewerbers (BAG, Urt. v. 19.5.2016 – 8 AZR 470/14) 109

Rechtswegbestimmung bei Streitigkeiten über die Veräußerung von kommunalen Grundstücken (VG Hannover, Beschluss vom 15.1.2021 – 12 B 6417/20) 112

Schrifttum 113

Die Schriftleitung